

# DER HACHO

Informationen der SPD für Unterhaching, Oberhaching und Taufkirchen

10./Juli 1979

Auflage 14.000

## Landtagsabgeordneter Dr. Rolf Seebauer: Für eine humane Arbeitswelt

Durch den Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes vom März 1979 zur Mitbestimmung und durch das Betriebsverfassungsgesetz wurden die Rechte der Arbeitnehmer in Betrieb und Unternehmen gesichert und ausgebaut.

Der Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes trifft jedoch nur eine Aussage zum Mitbestimmungsgesetz - Gleichheit und Gleichrangigkeit von Arbeit und Kapital sind nicht einbezogen.

Im Aufsichtsrat bei Betrieben und Unternehmen sieht das Mitbestimmungsgesetz eine

gleiche Zahl von Anteilseignern und Arbeitnehmern vor.

Entscheidend ist jedoch die Stimme des Vorsitzenden. Er kommt von der Unternehmensseite, und mit seiner ausschlaggebenden Stimme kann also immer auch gegen die Interessen der Arbeitnehmer gestimmt werden.

Hier müssen noch Verbesserungen angestrebt werden, denn Gleichheit und Gleichrangigkeit von Arbeit und Kapital sind damit nicht gewährleistet, die echte Parität besteht immer noch nicht.

Es wird sehr auf den Kooperationswillen und die Loyalität der einzelnen Unternehmen ankommen, wie sich die knapp unterparitätische Mitbestimmung in der Praxis bewährt und auswirkt.

Mitbestimmen im Betrieb bedeutet aber auch für jeden Arbeitnehmer, daß er ein Anhörungsrecht hat, seine Person und seine Arbeitswelt betreffend, daß er Einsicht in die Personalakte nehmen kann, Erläuterungen zur Zusammensetzung seines Arbeitsentgeltes fordern kann und daß er ein gesetzliches Beschwerderecht hat.

Jeder Berufstätige verbringt mindestens acht Stunden am Arbeitsplatz, seine Arbeitswelt prägt ihn entscheidend mit.

### Aus dem Inhalt:

Kein Platz für Jugendliche.....S. 3

#### HACHOTHEMA:

Mitbestimmung vor Ort .....S. 4

Von Freiheit verstehen wir mehr.... S. 5

KKK für bayerische Mädchen.....S. 5

Europäer in Oberhaching..... S. 7

Eine weitere Humanisierung der Arbeitswelt ist deshalb unerlässlich. Sie muß den wirtschaftlichen Interessen übergeordnet sein.

Es wurde schon viel erreicht, doch die ständige Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsplatz ist eine wesentliche Zielsetzung sozialdemokratischer Politik.

Die Bundesregierung hat ein Forschungsprogramm über die Arbeitsplatzbedingungen in der deutschen Wirtschaft aufgelegt. Nach Auswertung der Untersuchungsergebnisse sollen die notwendigen Voraussetzungen für eine "Humane Arbeitswelt" geschaffen werden.

Fortsetzung Seite 2

## Wieviel Beton verträgt das alte Dorf?

So könnte mancher Eigentümer eines Grundstückes am Dorfweiher, beim alten Rathaus, am Hachinger Bach oder am Hohenbrunner Weg überlegen. Denn eine Gemeinde gehört allen Bürgern. Deshalb fragen wir uns, wie wir unsere Heimatgemeinde sehen wollen.

Dazu haben wir, die SPD Taufkirchen in unserer Planungsmappe von 1977 "Beiträge zur Gemeinde-Entwicklung von Taufkirchen" konkrete Vorschläge gemacht.

### WAS IST EIN ORTSBILD?

Es sind nicht nur die Bauten in Gestaltung, Farbe, Stellung zueinander, sondern auch Bäume, Zäune, Laternen, Straßen, Gehsteige . . .

Was kann unser altes Dorfgebiet verändern?

- Überörtliche Fachplanungen
- Begradigung oder Ausbau von Straßen etc.
- Unsachgemäße Modernisierung, also unbedenkliche Anpassung an alles Neue, ge-

dankenloses Zerstören, nur weil es einem vermeintlichen Fortschritt im Wege steht.

- Bei Neubautätigkeit: Ausnützung der maximalen Geschoß- oder Wohnfläche

### DAS ALTE TAUFKIRCHEN

Fachleute sehen es so: Ein ehemals vorwiegend mit landwirtschaftlichen Gebäuden und

Fortsetzung Seite 2



Im alten Dorf Taufkirchen steht dieses schöne Bauernhaus.

Fortsetzung von Seite 1

## FÜR EINE HUMANE ARBEITSWELT

Tarifautonomie und Mitbestimmung müssen sich zu einer sinnvollen Ordnung ergänzen und zur Befriedigung im Arbeitsleben beitragen; Partnerschaft zwischen Arbeit und Kapital ist dazu unumgänglich.

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise sind Probleme, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen betreffen. Die Mitbestimmung des Arbeitnehmers bleibt eine notwendige Aufgabe und ist Voraussetzung für eine soziale und demokratische Gesellschaftsordnung.



Rolf Seebauer

Fortsetzung von Seite 1

## WIEVIEL BETON VERTRÄGT DAS ALTE DORF?

der Kirche geprägtes dörfliches Bild, das im Laufe der Zeit durch ersetzende und ergänzende Bauten mit gemischter Nutzung zu einem ziemlich heterogenen Gebilde geworden ist. Es gibt zwar noch einige Motive am Bach, bei der Kirche und dem alten Schulhaus, am Dorfweiher und bei der kleinen Kapelle, aber keine besonderen reizvollen Raumbildungen und einprägsame, die Zusammengehörigkeit betonenden Gestaltungsmerkmale mehr.

## WIE KÖNNEN WIR ES ERHALTEN?

- entweder den gegenwärtigen Zustand mit Ergänzung im Sinne der vorhandenen Bebauung hinnehmen = Bauflächenausweitung
- oder - besser - den ursprünglichen Charakter erhalten oder wieder herstellen; das Ortsbild verbessern, wobei selbstverständlich geänderte Nutzungen und Ansprüche zu berücksichtigen sind = Qualitätsverbesserung

Ein Bebauungsplan für das Dorfgebiet besteht noch nicht, er genügt aber auch nicht. Die Gestaltung der Einzelbauvorhaben, die Materialien, auch für Straßen, Wegen, Zäunen und die Begrünung müssen aufeinander abgestimmt werden. Eine Baumschutzverordnung und ein Dorferneuerungsplan sind dazu nötig. Die Bürger müssen frühzeitig an der Planung beteiligt werden.

## DIE GEMEINDE ZUSAMMENSCHLIEßEN

Das Dorfgebiet muß mit den anderen Ortsteilen verbunden werden. Die engstirnige Planung nur um das neue Rathaus, wie es z. Z. die CSU-Mehrheit im Gemeinderat und im Arbeitskreis Ortsplanung betreibt, wird sich in einigen Jahren als falsch erweisen. Die CSU will hier rasch gemeindliche Einrichtungen und einige Wohnungen bei mäßig dichter Bebauung errichten.

Wir, die SPD, fordern zwar nachdrücklich Senioreneinrichtungen, altengerechte Wohnungen, Bürgerhaus, Ansiedlung von mittelständischem Gewerbe und Gaststätten. Doch wir wehren uns dagegen, daß dies nur um das neue Rathaus am Köglweg geschehen soll. Planungen für 1985, 1990 oder gar bis zum Jahr 2000 dürfen nicht nur einzelne Ortsteile berücksichtigen.

Deshalb halten wir eine Planung für geboten, die das Gebiet zwischen S-Bahn-Linie im Westen, dem Bahnhof im Norden, der Münchner Straße im Osten und dem Köglweg mit neuen Rathaus im Süden umfaßt - im Interesse des Zusammenwachsens unserer Gemeinde. Das bedeutet aber nicht, daß wir uns nicht sehr bald um die Erhaltung unseres Dorfgebietes bemühen sollten, damit hier nicht Unwiederbringliches verlorengeht.

Hans Hafner

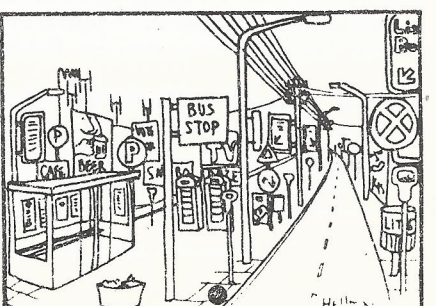
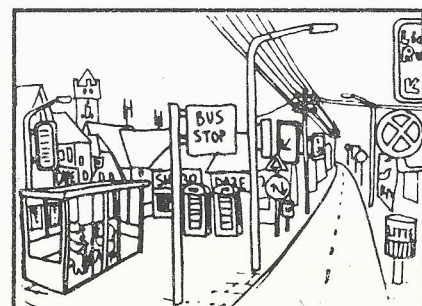
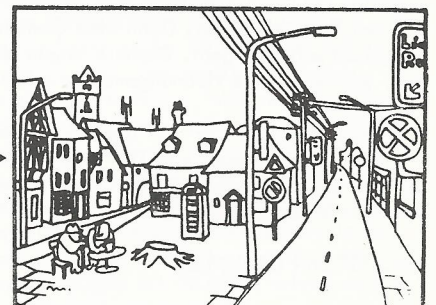
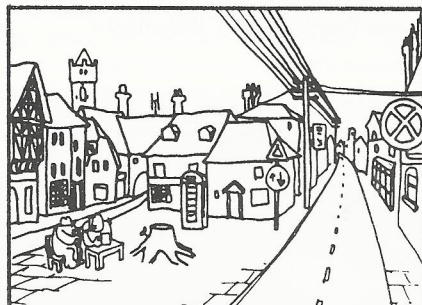
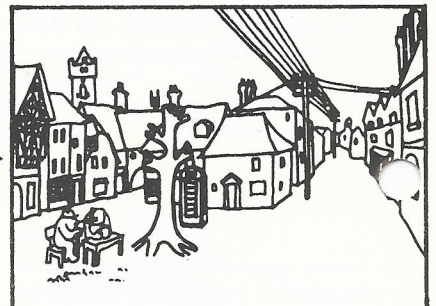
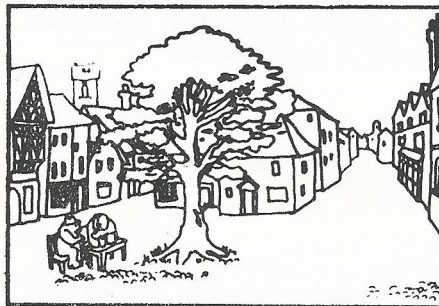
## Traurig, aber wahr!

Als junge Bürgerin wundere ich mich, wie die Oberhachinger Gemeindeführer schlagen. Erst braucht man monatelang, um einen SPD-Antrag zum Thema "Jugendheim" zu behandeln, dann geht es plötzlich Schlag auf Schlag. Brauchte man so lange, um eine Möglichkeit zu finden, ein unliebsames Thema vom Tisch zu wischen? Herr Aidelburger, der als Bürgermeister auch das Recht hat, die Tagesordnung zu bestimmen, schmeckte dieses Problem ganz und gar nicht. Aber wie kommt er dazu, so selbstherrlich 673 (!) Stimmen von Bürgern nicht anzunehmen. Ist das das Demokratieverständnis der CSU?

Auf einer FDP-Versammlung, auf der auch das Thema "Jugendfreizeitzentrum" besprochen wurde, trat Herr Dr. Hoffmann nur halberzig für das Jugendheim ein. "Organisatorische Vorbereitung sollte wichtiger sein als die Bemühung um geeignete Räume". Dies scheint mir nicht einleuchtend, sondern eher ein Ausweichmanöver zu sein.

Ein Gemeinderat stellte sich dort sogar ein Armutszeugnis aus, in dem er sagte, daß bei der Gemeinderatssitzung am 9. April das Thema "Jugendheim" nicht Tagesordnungspunkt war und er daher nicht darüber diskutieren konnte, weil er die Probleme der Jugendlichen nicht deutlich sehe. Wir müssen ihm und anderen die Augen öffnen! Auf dieser Gemeinderatssitzung wurde der Firma MBB der Zuschlag erteilt und zwar im "geheimen" Teil und unter Punkt Verschiedenes. Unpopuläre Entscheidungen sollen wohl vertuscht und nebenbei abgehakt werden.

Ulrike Zahn



# Kein Platz für Jugendliche?

In Oberhaching bieten viele Vereine Jugendlichen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Hinzu kommt die Jugendarbeit der beiden Kirchen, aber offensichtlich reicht dies nicht aus. Junge Leute lungern am Kinderspielplatz in Furth herum, sitzen in Kneipen oder im "Beatschuppen" und wissen nichts Rechtes mit sich anzufangen. Die elterliche Wohnung ist meist zu wohl geordnet, die teure Einrichtung zu schwer erarbeitet, als daß dort Raum wäre für jugendlichen Tatendrang. Dabei wissen die jungen Leute recht gut, wie sie ihre Freizeit sinnvoll nutzen könnten, hätten sie nur Gelegenheit dazu.

## VORSCHLÄGE DER SPD

Wie der "Hacho" bereits berichtete, stellte die SPD-Fraktion im Gemeinderat von Oberhaching im November 1978 den Antrag, Möglichkeiten zur Einrichtung einer provisorischen Jugendfreizeitstätte in der ehemaligen Klinik in Furth zu untersuchen. Erst in der Gemeinderatssitzung im März kam der Antrag auf die Tagesordnung. Der Bürgermeister berichtete, die Verwaltung sei noch dabei, technische und organisatorische Möglichkeiten zur Verwendung des ehemaligen Klinikgebäudes zu prüfen. Die SPD-Fraktion erläuterte ihre Vorstellungen:

- Den Jugendlichen werden einige Räume, abgetrennt vom übrigen Gebäude, zur Verfügung gestellt.
- Die Jugendlichen richten die Räume, soweit möglich, in eigener Verantwortung her.
- Die Heimleitung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring, der einen von der Gemeinde bezahlten Heimleiter stellt.
- So geschaffene Jugendheim ist als Provisorium zu betrachten und gibt Gemeindevertretern, Eltern und Jugendlichen die Chance, miteinander Erfahrungen zu sammeln, die in die Planung eines Jugendhauses einbezogen werden könnten, das sicherlich in einigen Jahren gebaut werden muß.
- Denkbar ist ein endgültiges Jugendzentrum in Verbindung mit einem Bürgerhaus, in dem

unsere Vereine ebenfalls Platz finden für ihre Versammlungen und Aktivitäten (Kegelbahn, Schießstand usw.).

Die Vorstellungen der SPD wurden im Gemeinderat zur Kenntnis genommen; eine Diskussion zum Thema "Jugendliche" fand nicht statt. Der Bürgermeister versprach, die Sache weiter zu verfolgen.

## DIE JUGEND WIRD AKTIV

Auf Einladung von Jugendlichen trafen wir uns am 12. März 1979 mit 25 Jugendlichen, die bereit waren, sich für ein Jugendzentrum einzusetzen und beschlossen, eine Unterschriftenaktion zu starten. Innerhalb einer Woche hatten sie 673 Unterschriften von Bürgern unserer Gemeinde gesammelt, die die Einrichtung eines Jugendheimes unterstützen.

## DIE WÜNSCHE DER JUGEND

Am 21. März 1979 fand eine Versammlung zum Thema "Jugendfreizeitstätte" statt. Anwesend waren ca. 60 Jugendliche, der Bürgermeister, Herr Mayer vom Kreisjugendring, Pfarrer Schmitz, Rektor Neubert, Vertreter der Elternschaft, Vertreter der Polizeiinspektion in Unterhaching, Vertreter von Jugendgruppen und Vereinen und einige Gemeinderäte. Die Sprecher der Jugendlichen erläuterten ihre Vorstellungen darüber, wie ein Jugendzentrum aussehen könnte:

- ein Raum zum Musikhören, zum Musizieren und Tanzen.
- ein Versammlungsraum zum Miteinanderreden, für Veranstaltungen, Filmvorführungen usw.
- ein Raum für Hobby, Basteln, Tischtennis usw.
- eine Bar, Teestube - es müssen keine alkoholischen Getränke sein.
- die Jugendlichen legen großen Wert darauf, daß ein hauptamtlicher Heimleiter eingesetzt wird. Sie wollen kein Jugendzentrum, das von politischen Gremien oder einer Kirche geleitet wird.

Der Bürgermeister lobte die guten Zusammenarbeit der örtlichen Vereine und warf den Jugendlichen vor, die am Ort vorhandenen Angebote von Vereinen und Kirchen nicht zu nutzen. Außerdem hatte er Sorge wegen möglicher Krawalle im Jugendzentrum und der damit verbundenen Belästigung der Anlieger. Der Bürgermeister weigerte sich, die Liste mit Unterschriften von Bürgern seiner Gemeinde anzunehmen.

Die Jugendlichen entgegneten, daß die Mitgliedschaft in Vereinen alleine nicht ausreicht - "man kann schließlich nicht dauernd Fußball spielen".

## VERANTWORTUNG DER GEMEINDE

Pfarrer Schmitz erläuterte, die Kirchen seien aus technischen und organisatorischen Gründen nicht in der Lage, offene Jugendarbeit zu leisten. Sie könnten der Gemeinde die Verantwortung für ihre Jugendlichen nicht abnehmen.

Herr Mayer vom Kreisjugendring berichtete über die positiven Erfahrungen mit Jugendzentren im Landkreis. Voraussetzung sei eine offene, politisch und konfessionell unabhängige Führung solcher Einrichtungen.

Die Vertreter der Polizei erklärten, ein Jugendzentrum bedeute für sie keine zusätzliche Belastung.

In den meisten Diskussionsbeiträgen wurden die Vorstellungen der Jugendlichen und der SPD-Fraktion ausdrücklich unterstützt.

## UNSERE FORDERUNG BLEIBT

Am 9. April 1979 präsentierte der Bürgermeister von Oberhaching dem Gemeinderat im nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung einen Vertrag zur Vermietung der gesamten ehemaligen Klinik an eine Firma. Diesem Mietvertrag stimmte die Mehrheit des Gemeinderates zu - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion. Eine Diskussion zum Thema "Jugend" fand wieder nicht statt. Somit ist die Chance vertan, ein provisorisches Freizeitheim in der ehemaligen Klinik in Furth zu errichten. Dies wird uns jedoch nicht davon abhalten, weiterhin ein Jugendzentrum zu fordern und uns dafür einzusetzen. Wir bitten alle interessierten Bürger um Mitarbeit.

Jörg Jennen

## SPD-Stammtisch ein voller Erfolg

Eine gute Sache ist der kürzlich gegründete Stammtisch der SPD in Unterhaching. Viele Genossinnen und Genossen finden sich dort am ersten Donnerstag im Monat zu lebhafter Diskussion bei einem kühlen Trunk ein.

Landtagsabgeordneter Dr. Rolf Seebauer besuchte den Stammtisch im Juni und wurde herzlich begrüßt. Er fühlte sich sichtlich wohl in der gemütlichen Runde.

Wir laden nochmals alle Interessierten recht herzlich ein:

Zum SPD-Stammtisch  
an jedem ersten Donnerstag im Monat  
ab 19.30 Uhr in  
Sedlmeyers Waldwirtschaft, Gartenstr. 2



Der triste "Beatschuppen"- Oberhachings "Jugendtreffpunkt"

# Mitbestimmung vor Ort

Wir wollten wissen, wie sich Mitbestimmung für Oberhachinger Arbeitnehmer auswirkt. Deshalb besuchten wir die allmonatliche DGB-Versammlung, bei der sich Gewerkschaftsmitglieder, vor allem aber Betriebsräte treffen.

## Wichtige Fragen-klare Antworten

Die Teilnehmer hatten einen Arbeitsrichter aus München eingeladen und ihm schon vorher ihre Fragen mitgeteilt. Wir können hier nicht die Antworten ausführlich wiedergeben; aber schon die Fragen geben einen guten Einblick in die Arbeit der Betriebsräte:

- Muß der Arbeitgeber auch für den Berufsschulbesuch der über 18-jährigen Berufsschulpflichtigen zahlen? (ja!)
- Wie steht es mit dem Kündigungsschutz und Beschäftigungsverboten nach dem Mutterschutzgesetz?
- Wie verhält man sich gegenüber den leider immer noch anzutreffenden Fragen nach Schwangerschaft in Einstellungsfragebogen?
- Wie wird eine Einigungsstelle gebildet, wenn der Arbeitgeber auf einen Vorschlag des Betriebsrates zu einer Betriebsvereinbarung nicht eingehen will?
- Bekommt man betriebliche Altersrente auch nach Ausscheiden aus dem Betrieb?
- Ist verspätete Krankmeldung ein Kündigungsgrund?

Es gab noch manche Zusatzfragen und eine lebhaft Diskussions. Dabei wurde deutlich, worum es den Betriebsräten geht: Sie wollen alle Möglichkeiten der Mitbestimmung ausschöpfen und soziale Härten für die Arbeitnehmer vermeiden helfen. Eine Betriebsrätin und ein Betriebsrat haben uns dann noch aus ihrem eigenen Arbeitsgebiet berichtet.

## Betriebsrätin im «Betrieb Gemeinde»

Wir sprachen mit Frau Römhild, seit elf Jahren Raumpflegerin in einer Oberhachinger Schule.

Frau Römhild, Sie sind vor einem Jahr zur Betriebsrätin gewählt worden. Vertreten Sie eine bestimmte Gruppe von Beschäftigten? "Ja, ein Betriebsratskollege und ich sind für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gemeindeverwaltung zuständig, also für die Raumpfle-

gerinnen, die Straßler, die Arbeiter vom Bauhof. Dann gibt es noch eine Betriebsrätin und einen Betriebsrat für die Angestellten und einen Personalrat für die Beamten, der zugleich unser Vorsitzender ist."

Wie ist die Zusammenarbeit?

"Sehr gut! Wir informieren und beraten uns regelmäßig, das ist für mich in der ersten Zeit besonders wichtig."

Können Sie uns einen Fall aus ihrer Tätigkeit schildern?

"Ja, eine Hausmeisterin kam mit ihrer Arbeitszeit nicht zurecht. Sie hatte außerdem noch Telefondienst und mußte deswegen ihre Arbeit ständig unterbrechen. Wir haben beantragt, daß sie vom Telefondienst befreit wird und außerdem zwei Stunden mehr Arbeitszeit erhält, und wir konnten das auch erreichen."

Wie haben Sie das gemacht? Ihr Arbeitgeber ist die Gemeinde, aber Sie können ja nicht uns alle fragen?

"Wir haben zuerst mit dem Oberamtmann verhandelt, und die Entscheidung fiel dann im Gemeinderat als Vertreter der Gemeindeglieder."

Gibt es Betriebsversammlungen?

"Bisher haben wir erst eine Versammlung gehabt, aber wir wollen in Zukunft zu den vorgeschriebenen vier Versammlungen im Jahr kommen."

Frau Römhild, wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg als Betriebsrätin!

## Betriebsrat in einem Metallbetrieb

Herr Petz, wie groß ist Ihr Betrieb, und wieviele Betriebsräte haben Sie?

"Der Betrieb hat 230 Beschäftigte, davon etwa 90 Frauen und 10 Ausländer. Wir sind sechs Betriebsräte und eine Betriebsrätin."

Ist ein Betriebsrat freigestellt?

"Nein, das ist erst ab 300 Beschäftigte möglich; aber wir können während unserer Arbeitszeit unsere Arbeit gut erledigen, d.h. unsere Betriebsratssitzungen abhalten und die Kolleginnen und Kollegen beraten. Einmal wöchentlich nehme ich während der Arbeitszeit an einer Konferenz im Gewerkschaftshaus in München teil."

Das ist sicher eine Hilfe für Sie. Gibt es größere Schwierigkeiten im Betrieb?

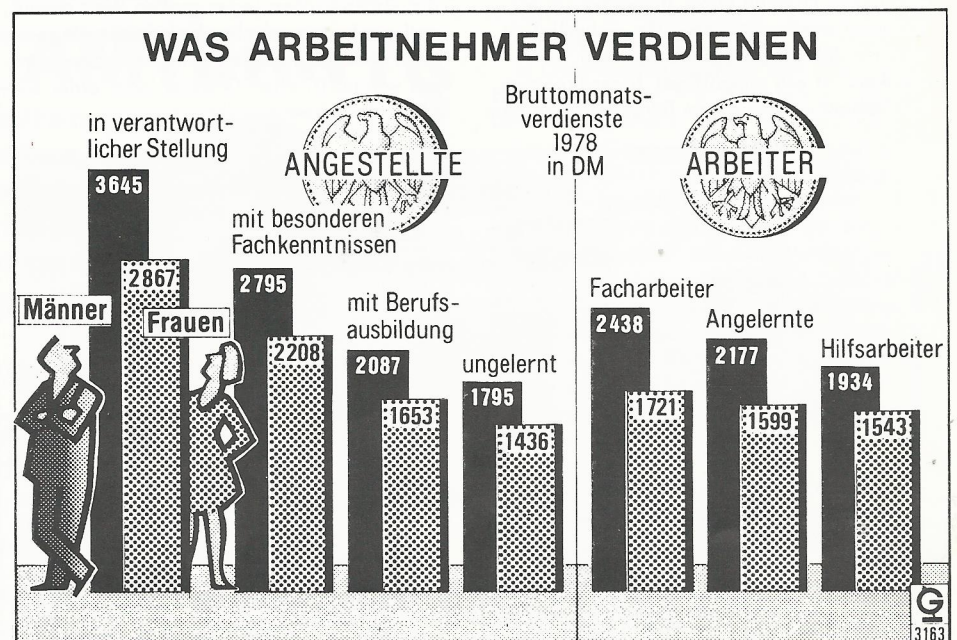
"Nein, die gibt es nicht. Es ist ein Spezialbetrieb, ohne Akkordarbeit, und Unfälle kommen selten vor. Trotzdem gibt es viel zu helfen, in Einzelfällen aber auch für Gruppen im Betrieb. So hat der Betriebsrat für Arbeitsplätze mit Schmutzarbeit Berufskleidung durchgesetzt. Das Gewerbeaufsichtsamt hat das Fehlen von Aufenthaltsräumen bemängelt. Nun ist unser Betrieb sehr beengt im Raum, aber der Betriebsrat hat es doch erreicht, daß die Aufenthaltsräume jetzt eingerichtet werden."

Sind es alles Oberhachinger, die bei Ihnen arbeiten?

"Nein, sie kommen von München, aus dem Hachinger Tal und der weiteren Umgebung, teils mit der S-Bahn. Schlecht ist es für die Beschäftigten, die die S 12 Deisenhofen-Mittersendling benutzen müssen. Sie verkehrt selten, und zwischendurch muß der weite Umweg mit der S 2 über den Ostbahnhof gemacht werden. Das ist wohl nicht zu vermeiden, aber wir verstehen nicht, daß für diese Berufsfahrt mit Umweg die Monatskarte nicht gilt, sondern extra bezahlt werden muß. Das sollte geändert werden."

Das finden wir auch. Herr Petz, weiter viel Erfolg bei der Überwindung sozialer Härten!

Gabriele Witting, Ulrike Zahn



# Von Freiheit verstehen wir mehr Gedanken zum Mitbestimmungsgesetz

"Freiheit im gesellschaftlichem Sinne bedeutet möglichste Anteilnahme des einzelnen am gesellschaftlichen Prozeß" (Karl Rahner vor der Katholischen Akademie in Bayern)

Ein Stück von der so verstandenen Freiheit ist der Regierungskoalition mit dem neuen Mitbestimmungsgesetz geglückt: 1973 von Willy Brandt als Bundeskanzler angekündigt, 1976 vom Bundestag verabschiedet und 1979 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsgemäß bestätigt.

## MITBESTIMMUNG VON ARBEITNEHMER UND KAPITALGEBER GLEICHBERECHTIGT

In Großunternehmen mit mehr als 2000 Teilnehmern sind nach diesem Gesetz die Aufsichtsräte mit der gleichen Zahl von Vertretern der Arbeitnehmer und der Anteilseigner zu besetzen. Ein Schritt zu mehr Menschenwürde für den Arbeitnehmer durch mehr Demokratie in der Wirtschaftsverfassung. Ein Schritt weg von der Manipulierbarkeit des Arbeitnehmers in den Großunternehmen. Das Neue gegenüber dem aufgehobenen Betriebsverfassungsgesetz ist die im Grundsatz gleichberechtigte Kontrolle der Unternehmensleitung durch die Arbeitnehmervertreter.

## GEGENWEHR DURCH ARBEITGEBERVERBÄNDE UND IHREN POLITISCHEN HELFERN

Erbitterte Gegenwehr war zu überwinden. CDU und CSU setzten sich für ein Übergewicht der Kapitalvertreter in den Aufsichts-

räten ein. Der Wirtschaftsrat der Union bezeichnete wenige Wochen vor Verabschiedung des Gesetzes das Vorhaben als ein "Ermächtigungsgesetz zur Fremdbestimmung".

Damit wurde geflissentlich die bisherige Fremdbestimmung des Arbeitnehmers durch das Großkapital gelehnet. Die Arbeitgeberverbände prophezeiten Schreckliches: Lähmung der Entscheidungsfähigkeit der Unternehmen; Verdrängung, ja Knebelung der Anteilseigner bis hin zur Zerrüttung der Wirtschaft. Mit diesen Prophezeihungen gingen sie zum Bundesverfassungsgericht.

## ERFAHRUNGEN IN DER MONTANINDUSTRIE

Dort wurden sie durch die Erfahrungen in der Montanindustrie glänzend widerlegt. In der Industrie für Kohle und Stahl ist bereits seit einem Vierteljahrhundert die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten verwirklicht, und sie hat sich in dieser Zeit hervorragend bewährt, trotz struktureller Krisen im Bergbau und Wachstumshemmnissen in der Stahlproduktion. Dabei sind unbestrittene Erfolge der Unternehmensverfassung dieser Industrie: Verbesserung der betrieblichen Lohnsysteme, besonderer Kündigungsschutz bis zur Beschäftigungsgarantie für ältere Arbeitnehmer, Übertragbarkeit der betrieblichen Alterssicherung, Aufstellung von Sozialplänen bei Stilllegungen und Unternehmenszusammenschlüssen (beide sind zum Vorbild einer gesetzlichen Regelung geworden), Verbindung von Investitionspolitik und Personal-

planung und Überwindung auch schwerer konjunktureller und struktureller Krisen mit Betriebsstilllegungen ohne Massenentlassungen.

## ERSTE ERFAHRUNGEN MIT DEM NEUEN MITBESTIMMUNGSGESETZ

Auch die ersten Erfahrungen mit dem neuen Gesetz widersprachen den Arbeitgeberverbänden: Keine Kapitalflucht des Auslands wurde ausgelöst, dagegen Wachstum der Auslandsinvestitionen; ferner Steigen der Aktienkurse. Die Prämisse der Arbeitgeberverbände, die Arbeitnehmer seien an der Entwicklung ihrer Unternehmen nicht interessiert, hat die freie Wirtschaft im In- und Ausland nicht ernst genommen.

## AUSBLICK IN DIE ZUKUNFT

Für die künftige Wirtschaftsentwicklung - auch für eventuelle Krisen - ist dieses Gesetz ein einmaliger Arbeitnehmerschutz, der sich ebenso bewähren wird wie die Mitbestimmung in der Montanindustrie. Versuche einzelner Arbeitgeber, das Mitbestimmungsgesetz zu unterlaufen (Statutenänderung, Verringerung der Arbeitnehmerzahl auf unter 2000), zeigen, daß das Mitbestimmungsziel nicht kampfflos erreicht werden kann. Immerhin ist mit dem Mitbestimmungsgesetz wieder ein Schritt zur weiteren Humanisierung der Arbeitswelt getan.

Robert Dillmann

## KK für bayerische Mädchen

Noch immer werden bayerische Mädchen von der CSU-Staatsregierung schmähsch ver-nachlässigt, obschon sie von der Jugendarbeitslosigkeit wesentlich stärker betroffen sind als ihre männlichen Kollegen und die Aussicht auf gute Ausbildungsplätze viel geringer ist.

### DER "BAYERISCHE WEG" - EINE SACKGASSE

Der "Bayerische Weg" für Mädchen wird beschwörend angepriesen, aber er ist ein sehr dornenreicher Bayerischer Weg. Er weist in eine Richtung, die nur in eine Sackgasse führen kann - entweder in die Arbeitslosigkeit oder in traditionelle "Frauenberufe", die kurzfristig von der Rationalisierung bedroht sind.

Mädchen, die keinen Ausbildungsvertrag nachweisen können, werden in hauswirtschaftlich orientierte Berufsschulklassen gesteckt, wenn die Erziehungsberechtigten dem nicht ausdrücklich widersprechen. Ihre männlichen

Kollegen indes werden schon zu diesem Zeitpunkt in dem Bereich (Metall- oder Holzverarbeitung) ausgebildet, in dem ihr künftiger Arbeitsplatz liegt. Bereits bei diesem Start in den Beruf sind die Mädchen ins Hintertreffen gekommen - eine Sonderstellung, die sich später keineswegs in klingender Münze auszahlte, sondern sich in fehlender Münze bemerkbar machen wird.

Den sozialdemokratischen Abgeordneten im Bayerischen Landtag war die Zukunft der Frauen und Mädchen nie gleichgültig. Sie ist es auch heute nicht, deshalb hat sich in der SPD-Landtagsfraktion ein Arbeitskreis "Gleichstellung" gebildet. Dieser SPD-Arbeitskreis hat sich als erstes dem Aufgabenbereich der Berufsausbildung, der Berufswahl und der Ausbildungssituation der Mädchen zugewandt. Denn gerade hier werden die Weichen für das künftige Leben der weiblichen Bürger gestellt.

### GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE LEISTUNG

In der Bundesrepublik verdienen ein Drittel der Frauen noch weniger für gleichwertige

Arbeit als ihre männlichen Kollegen. Auch wenn das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" in erster Linie von den Tarifpartnern durchgesetzt werden muß, unterstützt die SPD weiterhin Musterprozesse von Arbeitnehmerinnen, die lediglich ein Recht einklagen wollen. Bereits seit 1975 haben Sozialdemokraten angeboten; bei Verletzung des lohnrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes Klagen von Frauen zu unterstützen.

Dabei geht es darum:

- das finanzielle Risiko der Klage zu mildern,
- den Frauen die Angst vor den Sanktionen des Arbeitgebers zu nehmen,
- das öffentliche Bewußtsein für die Problematik der Gleichberechtigung im Arbeitsleben zu schärfen.

Das Parlament behandelt demnächst einen Entwurf des Bundesarbeitsministeriums, in dem die Umkehr der Beweislast in den Fällen gefordert wird, in denen Arbeitnehmerinnen vor Gericht ihr Recht auf Gleichbehandlung am Arbeitsplatz einklagen. Derzeit müssen noch die Klägerinnen nachweisen, daß sie benachteiligt werden. Sozialdemokraten werden alles tun, damit Frauen am Arbeitsplatz gleich behandelt werden.

Christl Schäfer

## SPD: Gemeinde soll Energie sparen

Aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion hat der Taufkirchner Gemeinderat beschlossen, daß die Gemeindeverwaltung künftig so weit wie möglich und zweckmäßig Recycling-Papier verwenden soll.

Durch die Wiederverwendung von Altpapier können nicht nur erhebliche Kosten eingespart werden, sondern hiermit wird auch ein wesentlicher Beitrag zur Einsparung von Holz, Energie und Wasser geleistet. Die Energieeinsparung liegt zwischen 42% und 64%.

Außerdem wird die Umweltbelastung durch Chemikalien durch die Verwendung von Recycling-Papier stark reduziert.

Die SPD Taufkirchen hat hiermit einen wichtigen Schritt hin zum Energiesparen eingeleitet.

Elisabeth Aust

## Sozialhilfe - ein Rechtsanspruch

### Kein Almosen, sondern Ihr gutes Recht

Viele ältere Mitbürger leben auch heute noch von einer Rente, die "zuwenig zum Leben und zuviel zum Sterben" ist. An die Sozialhilfe wollen sich diese Rentner vielfach nicht wenden, da sie befürchten, daß das gewährte Geld von ihren Kindern oder Enkeln zurückgefordert wird.

Nach Änderung des Sozialhilferechts 1974, das gegen den anfänglichen Widerstand des Bundesrates durchgesetzt wurde, kann die Sozialhilfeverwaltung jedoch nur in besonderen Fällen Ersatz ihrer Aufwendungen von unterhaltspflichtigen Angehörigen verlangen. Insbesondere ist eine In-

## Endlich: Der Unterhachinger Bahnhof wird umgebaut

In seiner öffentlichen Sitzung am 3.4. 1979 hat der Bauausschuß des Unterhachinger Gemeinderates den Umbau des Bahnhofgebäudes beschlossen. Bis Ende des Jahres 1979 soll das Dach des Gebäudes nach Westen hin auf ca. 4 Meter verlängert werden und als Unterstellmöglichkeit für die Fahrgäste dienen. Sollte dieser Schutz bei schlechtem Wetter noch unzureichend sein, ist eine seitliche Abmauerung vorgesehen. Zum besseren Aus- und Einsteigen soll das Abtrennungsgeländer zwischen Bahnsteig und Gebäude entfallen und die jetzt abfallende Schräge zur einer Stufe umgebaut werden. Als Kosten für den Umbau hat die Verwaltung ca. 11.000,-- DM ermittelt.

Damit wäre auch dieses Problem, besonders für die täglich zur Arbeit fahrenden S-Bahn-Benützer, gut gelöst, ohne daß, wie CSU-Gemeinderat Scheuerer gefordert hatte, der Kioskbesitzer am Bahnhof seinen seit vielen Jahren bestehenden Verkaufsstand abgeben mußte. Wir glauben, daß viele Unterhachinger Bürger und insbesondere S-Bahn-Fahrgäste diesen Kiosk,



Am Bahnhof Unterhaching

dessen Besitzer die Toilettenanlage auch für Fahrgäste sauber hält, sehr vermißt hätten. Denn nicht nur Zeitungen, Erfrischungen usw. können hier - auch an Sonn- und Feiertagen - gekauft werden, auch Fahrscheine sowie die Wertmarken für Wochen- und Monatskarten. Wir freuen uns über diese bessere Lösung. Ch.Sch.

anspruchnahme von entfernten Verwandten (Enkeln) ausgeschlossen.

Wenn Sie also solche oder ähnliche Probleme haben: Wir wollen Ihnen helfen. Bitte rufen Sie die Unterhachinger SPD-Gemeinderäte unter folgenden Telefonnummern an:

Rosa Bauer	Tel. 611 17 57
Xaver Halbritter	" 61 72 04
Christian Kriz	" 61 79 05
Walter Paetzmann	" 61 66 31
Volker Panzer	" 61 65 56
Heinz Schmude	" 61 71 19
Willi Schmidt	" 611 43 84
Johann Schallmoser	" 61 72 33

Auch das SPD-Bürgerbüro Dr. Peter Paul Gantzer gibt Ihnen gerne Auskunft. Sie finden es am Isartorplatz 8/IV, 8 München 2, Tel. 22 02 33. Ch.Sch.



## Herzlichen Glückwunsch, Genosse Fenderl!

Ernst Fenderl

Er ist eine "stadt"-bekannte Persönlichkeit, Ernst Fenderl, obgleich er ein "Zuag'roaster" ist. Das merkte man bei der Feier zu seinem 65. Geburtstag.

Er stammt aus dem Egerland, und bevor er nach Oberhaching kam, hatte er als Soldat und Kriegsgefangener unfreiwillig drei Erdteile bereist.

In Oberhaching mußte er sich eine neue Existenz aufbauen - er ist gelernter Theater- und Kunstmaler - und manche Lüftmalerei an Oberhachinger Häusern hat er mit neuem Glanz versehen. Von Anfang an hat er sich aber auch seiner neuen Heimatgemeinde als aktiver Bürger zur Verfügung gestellt: als gewählter Vertrauensmann der Ausgewiesenen und Evakuierten, als SPD-Mitglied und seit 28 Jahren als SPD-Gemeinderat, als Mitbegründer der Organisation für den gewerblichen Mittelstand. Das ist schon viel, aber nicht genug für Ernst Fenderl. Seinem Frohsinn, seiner künstlerischen und musikalischen Begabung, seinen vielen guten Einfällen hat das Vereinsleben Oberhachings sehr viel zu verdanken. Er hat die Lebensqualität Oberhachings gesteigert. Wir danken ihm dafür und wünschen ihm noch viele gute Jahre.

SPD-Ortsverein Oberhaching

## §'ÄRGER MIT 'ÄMTERN?§

**Haben Sie Schwierigkeiten mit Behörden, Renten, Lärmschutz, Bausachen usw.? Ich stehe Ihnen unbürokratisch mit Rat und Tat zur Verfügung.**

### Dr. jur. Peter Paul Gantzer

Landtagsabgeordneter  
(Mitglied im Landtags-Ausschuß für Eingaben und Beschwerden)



**SPD-Bürgerbüro: Isartorplatz 8, 8000 München 2**  
Tel. 22 02 33 (Sprechstunden jeden Montag ab 10 Uhr)

# Europäer in Oberhaching

## Italiener und SPD-Mitglieder treffen sich

Im Zeichen der Europawahl hat der SPD-Ortsverein Oberhaching die im Ort ansässigen Italiener zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen.

Unsere Gäste waren froh, über ihre Probleme sprechen zu können, nicht nur in ihrem Club, mit ihren eigenen Landsleuten, sondern uns und unseren Gemeinderäten, die ihnen vielleicht sogar helfen können.

Wußten Sie schon, daß es in Oberhaching etwa 300 italienische Mitbürger gibt? Freilich, den Kindern hört man es nicht an, daß sie Italiener sind, denn die meisten sind in Oberhaching geboren und sprechen Bayerisch besser als mancher Norddeutsche, der in Oberhaching lebt.

Das ist aber ein Problem für die Eltern, die natürlich an ihrer Heimat hängen und darunter leiden, daß die Kinder fast ganz den Bezug zu ihr verlieren. Damit ist nicht gesagt, daß sich die Eltern nicht integrieren wollen, ganz im Gegenteil; nur wollen sie dabei Italiener bleiben, das heißt ihre Kultur und Sprache weiterpflegen. Sie haben es zum Beispiel sehr bedauert, daß sie bei der Europawahl italienische und nicht deutsche Kandidaten wählen mußten, denn wenn man 18 Jahre hier lebt (wie einige unserer italienischen Mitbürger), hat man schließlich mehr Informationen über die deutschen als über italienischen Kandidaten. Überhaupt waren wir über die Europabegeisterung, über die Informiertheit und das Interesse an der Europawahl sehr erstaunt. Sie hatten schon seit langem in ihrem Club darüber diskutiert und Formulare ausgefüllt, damit sie rechtzeitig ihre Wahlunterlagen aus Italien bekamen.

Dieser Club ist übrigens eine tolle Sache. Es ist kein parteigebundener Verein, sondern alle Italiener, die hier im Ort leben, gleich welcher Weltanschauung, können Mitglied sein. Sie helfen sich gegenseitig, wenn Formulare auszufüllen sind, helfen Landsleuten, die nach Oberhaching kommen, sich zurechtzufinden, machen Ausflüge oder treffen sich einfach zum Ratschen. Sie haben einen eigenen Fußballverein, der ihnen allerdings die meisten Sorgen macht, denn es gibt keinen Platz, auf dem sie trainieren können. Früher spielten sie in Holzkirchen in der C-Klasse unter dem Namen "Giovane Roma". Sie haben sich unter diesem Namen schon einige Pokale erkämpft, die alle in ihrem Clubheim aufgestellt sind. Nun wünschen sie sich verständlicherweise, unter diesem traditionellen Namen weiter auf dem Platz vom FC Deisenhofen spielen zu können, was offensichtlich problematisch ist.

In dieser Reihe stellen wir kulturelle Einrichtungen im Hachinger Tal vor, sowie Personen mit künstlerischem Engagement. Heute ist es eine Dichterin aus Oberbiberg. Sie verheißt "Der Deutschen Dichtung eine neue Richtung":

## Im Blickpunkt: Ursula fon Ostpreußen

Ursula f.O. - das ist Ihr Pseudonym - Sie schreiben Gedichte. Wie kamen Sie dazu, wie lange schreiben Sie schon?

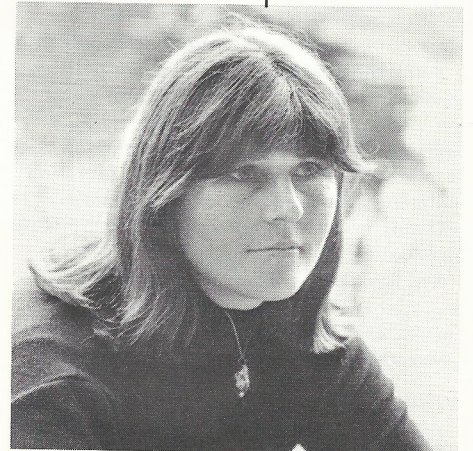
"Vor zwölf Jahren fing ich an, Gedichte zu machen. Wie man dazu kommt, kann ich nicht genau sagen. Gedichte sind Gedanken, etwas Erlebtes, Gedankenflüsse aufs Papier gebracht."

Wie setzt sich Ihr Publikum zusammen, wen sprechen Sie an?

"Im Theater am Einlaß habe ich im Mai mit Erfolg gelesen. Es waren bis zu 65 Personen da. Die jüngste ZuhörerIn war 15, der älteste 97 Jahre, ein sehr gemischtes Publikum, u.a. auch Persönlichkeiten aus dem Hachinger Tal wie der Bürgermeister von Oberbiberg Herr Öckler und Frau Dr. Höcherl von der Volkshochschule. Während der Lesung über eineinhalb Stunden war es im Saal ganz still! und ich hatte den Eindruck, die Zuschauer hingen an meinem Mund."

Haben Sie schon einen Gedichtband veröffentlicht?

"Nein. Wissen Sie, ich finde meine Gedichte sehr schön und ich bin der Ansicht, daß ich die Schönheit dieser Gedichte besser im persönlichen Kontakt mit dem Publikum wei-



Ursula fon Ostpreußen

tergeben kann, als wenn ich sie jetzt als noch unbekannte Lyrikerin veröffentlichen würde. Ich schreibe meine Gedichte mit schwarzer Tinte auf besonderes Papier und verkaufe sie als kleine Bilder. Ein Gedicht sollte wie ein Bild an der Wand hängen, nur so lebt und atmet es."

Wollen Sie nicht auch einmal im Hachinger Tal Ihre Gedichte lesen?

"Ja, im Oktober werde ich voraussichtlich hier lesen."

Vfo8

### Das Zelt

Das Zelt der Welt,  
Steht vor meiner Tür.  
Wenn ich sie zumade,  
hängt es über mir.  
Mach ich sie wieder auf,  
steht van Gogh vor mir.  
In Traubischen Händen, gibt es,  
Blumen und braune Äpfel dafür.

Das Zelt der Welt,  
Ist blau weiß über mir.  
Schließ ich meine Augen,  
hängt eine Million über mir.  
Mach ich sie wieder auf,  
steht Münchner Bier vor mir.  
In Bayerischen Händen, gibt es,  
Hopfen und Malz dafür.

Das Zelt der Welt,  
Ist so schön über dir.  
Öffne dir die Million,  
und komm mit mir.  
Wenn Preußen sich mit Bayern finden,  
werden wir alles überwinden.  
In Deutschen Händen, gibt es,  
Dich und mich dafür.

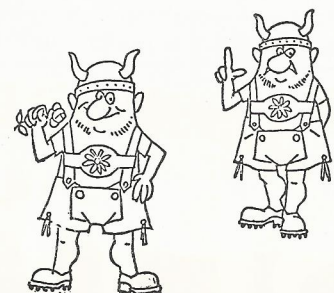
Das Zelt der Welt,  
Ist nie über dir wenn du nicht siehst,  
die Wälder gebaut, deiner Welt vor dir.  
Um die Schöpfung der Welt zu begreifen,  
von den Perspektiven, unserer Ahnen.  
Mußt du dir den Weg dankbar bahnen,  
in Menschlichen Händen, gibt es,  
Freiheit und Brot dafür.

Ursula fon OSTPREUßEN

Es gibt sicherlich noch mehr Probleme zu besprechen, deshalb ist es wichtig, auch nach der Europawahl den Kontakt aufrecht zu halten und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Übrigens, der italienische Club befindet sich in der Lärchenstraße 2. Unsere italienischen Freunde würden sich sehr über Ihren Besuch freuen. Der Vorsitzende ist Herr Mario Marra, Am Büchl 19.

Hannelore Jennen



# Aus der Geschichte lernen

HOLOCAUST oder die deutsche Vergangenheit und ihre Bewältigung - zu diesem Thema konnte die SPD Taufkirchen den bekannten Schriftsteller Bernt Engelmann bei einer gut besuchten Veranstaltung begrüßen.

Bernt Engelmann, aufgrund seiner politischen Einstellung als Sozialdemokrat selbst ein Verfolgter des Nazi-Regimes und KZ-Häftling, stellte fest, daß, angeregt von der Fernsehserie "HOLOCAUST", sich plötzlich viele Bürger unseres Landes mit diesem unheilvollen Abschnitt unserer Geschichte auseinandersetzen.

Das beweist nicht zuletzt das sprunghaft angestiegene Interesse an Büchern zu diesem Thema. Das Bedürfnis in unserem Volk, Geschichte aufzuarbeiten, ist gewachsen.

## WER WAR SCHULDIG?

Bei der Diskussion war die Frage nach der Schuld von Einzelnen ein zentrales Thema. Würde der kleine Mann überhaupt, was für ungeheuerliche Verbrechen in den KZ geschahen.

Bernt Engelmann wies darauf hin, daß schon die Vorgänge in der "Reichskristallnacht" nicht unbemerkt bleiben konnten, daß aber die Chance eines breiten Widerstandes zu diesem Zeitpunkt bereits unmöglich war. Denn 1938 gab es keine demokratischen Parteien, keine Gewerkschaften mehr, die Widerstand hätten leisten können.

In den Jahren zuvor wurde von den Machthabern eine "Verschleierungstaktik" betrieben, was die wahren Ziele der Nazis betraf.

## JUDENVERFOLGUNG GING NICHT VOM VOLK AUS

Was die allmählich sich verschärfende Verfolgung der Juden betrifft, so ging sie nicht vom Volk aus, sondern von den Machthabern, die mit Terror jeden Widerstand gebrochen hätten.

Nicht übersehen werden darf jedoch, daß es trotzdem ein beträchtliches Maß an Hilfsbereitschaft den Juden gegenüber auf privater Ebene gab. Das war immer mit erheblichen persönlichen Risiken verbunden.

## UNSERE AUFGABE HEUTE

Bedenklich muß uns alle stimmen, daß es heute noch Personen in hohen Ämtern gibt, die eng mit den Geschehnissen dieser Zeit verbunden waren.

Wachsamkeit ist immer geboten, solche und ähnliche Verbrechen dürfen sich niemals wiederholen.

Bernt Engelmann appellierte an die Anwesenden, in allen privaten und öffentlichen Bereichen für die Wahrung unserer Demokratie einzutreten.

Nur wenn jeder einzelne bereit ist - in Schule, Vereinen, Parteien - zu offenen Diskussionen und sich kritisch mit allen Vorgängen in unserem Land auseinandersetzt, werden wir alle Keime, die derartige Entwicklungen begünstigen könnten, ersticken können.

Es waren ja nicht nur die Juden, welche dieser unmenschlichen Verfolgung ausgesetzt waren. Die Hitler-Diktatur ließ auch keinen Platz den politisch Andersdenkenden, den Christen, den Zigeunern usw.

Die Einstellung vieler deutscher Bürger zum Staat Israel ist immer noch nicht entspannt. Das Gefühl einer deutschen Kollektivschuld spielt dabei mit.

Die ernsthafte Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, die bei uns und auch in unseren europäischen Nachbarstaaten begonnen hat, ist eine Chance, zu einem entkrampften und unbefangenen Verhältnis zum Staat Israel zu kommen.

Insbesondere die Jugend sollte die Möglichkeit nutzen, zu lernen, um zu verstehen.

Elisabeth Aust

Lieber  
Schwarzfuß!

Erleichtert lese ich, Dein Freund Franz Josef hat sich endlich entschieden, Bundeskanzler werden zu wollen. Vor Jahren wollte er noch lieber Ananas in Alaska züchten. Das heißt, so direkt will er auch wieder nicht - er steht als möglicher Kandidat zur Verfügung, sagt er.

Jedenfalls hast Du ganz recht, wenn Du Dich über die Frechheit der Nordlichter von der CDU beklagst. Da haben die doch tatsächlich ihren strahlenden Ritter Albrecht von Niedersachsen gerufen, auf daß das Kreuz des Südens nicht über sie komme. Die erkühnen sich, einen eigenen Kandidaten zu benennen, wo doch der Kurfürst Franz Josef von Bayern andeuten läßt, er wolle vielleicht doch selber den Kaiserthron in Bonn besteigen. Hinterfotzig sind die Biedenköpfe im Norden schon. Da sagen sie dem Zimmermann in Bonn, sie hätten den Franz Josef gern als Kanzlerkandidaten, und wie der vielleicht auch will, wählen sie sich einen anderen.

Aber gräme Dich nicht, lieber Schwarzfuß, der Albrecht will vielleicht auch wieder nicht - er ist nur gefolgt, weil die Partei ihn rief.

Außerdem, so schlecht wäre der Albrecht für Euch auch wieder nicht. In einer in Deutschland weit verbreiteten Zeitung stand zu lesen, der Albrecht singt nicht nur Volks-

lieder mit seinen Kindern, nein - er sorgt auch für Zucht und Ordnung. Wenn die Kinder mal was ausgefressen haben, werden sie in den Wald geschickt zum Brennesselsammeln - mit bloßen Händen, versteht sich.

Jetzt habt Ihr unierten Christen zwei Kandidaten, die sich fürs Vaterland zu opfern eventuell bereit wären. Dabei fällt mir ein: Warum bleibt Ihr nicht beim Kohl? Von dem weiß man doch, daß er wirklich Kanzler werden wollte!

Das alles ist ja furchtbar traurig. Wie Du mir schreibst, soll die CDU sogar Geheimverhandlungen mit der SPD führen zur Bildung einer Großen Koalition. Mich verwirrt sehr zu hören, daß die CSU auch solche Verhandlungen führen soll, zur Bildung einer nicht ganz so großen Koalition. Ehrlich, mir graust's! Wo bleibt denn da Euer: "Freiheit oder Sozialismus"?

Immerhin zeigen solche Gerüchte, daß Ihr Unions-Christen Euch noch ein wenig Realitätssinn bewahrt habt. Schließlich hat die SPD einen Bundeskanzler, und der, das sagst Du selbst, ist nicht der schlechteste. So wird's unser Helmut Schmidt halt nochmal machen müssen.

Es grüßt Dich Dein mitfühlender

Sozi

## buchtip

Die Fernsehserie "Holocaust" hat die Gemüter erregt, aber das genügt nicht, um die Vergangenheit richtig zu beurteilen und aus ihr zu lernen. Wer sich darum bemühen will, dem empfehlen wir:

Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, 204 S. 1978, Kindler Verlag München, DM 16,80

Es ist kein dicker und teurer Wälzer, der die Leser mutlos macht. Haffner versucht, die Person Hitlers, seine verhängnisvolle Wirkung und die Reaktion der Zeitgenossen auf ihn so darzustellen, daß daraus Antworten auf die vielgehörte Frage: "Wie war das möglich?" abgeleitet werden können. Vor allem junge Menschen stellen sie und sollten das Buch lesen. Die älteren Leser werden mehr Klarheit über ihr eigenes Verhalten gewinnen, und damit könnte die so notwendige und lange vernachlässigte Diskussion zwischen den Generationen über die NS-Zeit belebt werden.

G.W.

# SPD

Herausgeber: SPD-Ortsvereine Taufkirchen, Unterhaching und Oberhaching/Deisenhofen

Redaktion: Edeltraud Bögel, Ahornring 3, 8021 Taufkirchen (verantwortlich) Max Rettenberger, Ulrike Zahn

Druck: Fibo-Druck GmbH, Maistr. 31, 8000 München 2